54. Jahrgang. № 312. Mittwoch, 10. November 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr pränumerando. Für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gegebenen Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen geliefert. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftsanzeigen mit der Privatschrift pro Zeile 20 Pf., die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. Für Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf privatseitige 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Textseite die Grundzeile 25 Pf. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Techn. Gummiwaren für alle Arten Betriebe. Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc. **Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,** Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

Buchholz-Hüte Annenstrasse 28 Neu eröffnet: Wettinerstr. 21.

Glühlampen in mehr als 200 Spezies fortgesetzt am Lager. Ebeling & Croener, Bankstr. 11, Installationsgeschäft für elektrische Anlagen.

Bruchbänder und Leibbinden sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt **Carl Wendschuchs Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Gestern fand die erste öffentliche Präliminarsitzung der Zweiten Sächsischen Kammer statt.

Die Nationalliberalen schlagen, ohne sich auf Loosentscheidung einzulassen, als Präsidenten der Zweiten Sächsischen Kammer den Abgeordneten Dr. Vogel vor.

Finanzminister Dr. v. Rüger erhielt das Großkreuz des Preußischen Roten Adlerordens.

Heute wird das Preisausschreiben betr. den Ideenwettbewerb zur Erlangung von Plänen für die Erbauung eines Schauspielhauses in Dresden-Altstadt veröffentlicht.

Dem zum 15. November einberufenen mecklenburgischen Landtage wird ein Verfassungsentwurf vorgelegt werden, wonach sich der künftige Landtag aus 100 gewählten und 6 von den Großherzögen ernannten Abgeordneten zusammensetzen soll.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages tritt am 13. d. M. im Berliner Rathause zu einer Sitzung zusammen.

In Ottwitz bei Ratibor (Oberschlesien) machte man wertvolle Altertumsfunde.

Die badischen Landtagswahlen

haben fast gleichzeitig mit denen in Sachsen stattgefunden. Hier wie dort war das Ergebnis ein bedenkliches Anschwellen der sozialdemokratischen Mandate. Aber die Ursachen der Wirkung waren verschiedene. In Baden wurde kein neues Wahlrecht probiert, wie das bei uns der Fall war; allerdings ergaben sich gemeinsame Berührungs- und Vergleichspunkte durch den Umstand, daß die allgemeine politische Lage im Reich ihre Schatten auf beide Landtagswahlen warf, und daß in Sachsen wie in Baden alle Parteien der Linken in gemeinsamer Frontstellung gegen die Konservativen bezw. das Zentrum standen. Aber trotzdem ist ein fundamentaler Unterschied zu konstatieren, der in der verschiedenen Haltung der Nationalliberalen liegt: während bei den sächsischen Stichwahlen, die die eigentliche Entscheidung brachten, die Nationalliberalen grundsätzlich für eine gegenseitige Unterstützung der bürgerlich-nationalen Parteien eintraten, schlug sich die nationalliberale Parteileitung in Baden offiziell auf die Seite der Sozialdemokratie. Dieses unerhörte Vorgehen hat berechtigterweise zu den schärfsten Kritiken Veranlassung gegeben und nicht etwa nur bei den Gegnern der Nationalliberalen, sondern auch in deren eigenem Parteilager. Man kann es nicht verstehen, daß eine bürgerliche Partei, die sich ausdrücklich „national" nennt, den geschworenen Feinden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung die Möglichkeit geboten hat, ihren parlamentarischen Machteinfluß in Baden zu verstärken. Die Kurzsichtigkeit, die hierin liegt, hat sich sofort bitter gerächt, denn die badischen Nationalliberalen haben unter dem Zeichen des „Großblocks", wie man die liberal-sozialdemokratische Verbrüderung euphemistisch nennt, sechs Sitze gegen ihren bisherigen Besitzstand verloren. Das ist doppelt bitter, weil die Nationalliberalen sich gerade von ihrem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten eine Verstärkung ihrer Macht versprochen hatten. Das war ein schlimmer Rechenfehler: jeder, der die Taktik der Umsturzpartei kennt, weiß aus früheren Erfahrungen genau, daß diese sich jede Hilfe gern gefallen läßt, aber gar nicht im Traume daran denkt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, dürfte sich eine bürgerliche Partei niemals auf ein Paktieren mit der Sozialdemokratie einlassen, weil sie sich selbst damit aufgibt, ihre besten Traditionen verleugnet und ihren Feinden wirksame Angriffspunkte bietet. Besonders die Zentrumspresse hat denn auch die günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen und das Verhalten der badischen Nationalliberalen mit Worten schärfsten Tadels gegeißelt. Man könnte demgegenüber einwenden, daß, wer im Glashause sitzt, nicht auf andere mit Steinen werfen soll. Gewiß, die Zentrumspartei hat sich noch nie geniert, mit der Sozialdemokratie bei den Wahlen gemeinsame Sache zu machen, wenn es ihren Vorteil galt, aber daraus, daß das Zentrum so handelt, darf eine bürgerliche Partei, die den nationalen Gedanken auf ihr Banner geschrieben hat, doch nie und nimmer die Berechtigung ableiten, den gleichen politischen Fehler zu begehen. Das ist eine schwache Entschuldigung, die in sich selbst zusammenfällt! Auch die andere, daß man in Baden unter allen Umständen die „Zentrumsherrschaft" hätte brechen müssen, ist ganz unzulänglich, um das Verhalten der Nationalliberalen rechtfertigen zu können. Von den 72 Abgeordneten der badischen Kammer hatte das Zentrum bisher nur 28, also noch lange nicht die absolute Mehrheit, die die Gefahr einer ultramontanen Vergewaltigung als nahegerückt hätte erscheinen lassen können.

Wie man auch den badischen Fall prüfen mag, es lag für die Nationalliberalen kein triftiger Grund vor, einen so verhängnisvollen Schritt zu tun oder — besser gesagt — zu wiederholen. Schon im Jahre 1905 haben sie bekanntlich mit den Sozialdemokraten bei den Stichwahlen gemeinsame Sache gemacht: was damals probiert wurde, ist diesmal als regelrechtes Bündnis in die Erscheinung getreten. Aber es hat sich als verzehrendes Element erwiesen; jede engere Berührung der bürgerlichen Parteien mit der Umsturzpartei birgt eben die Gefahr ihrer eigenen Radikalisierung in sich und nimmt ihnen zugleich den Blick für die Realitäten des politischen Lebens. Schon im ersten Wahlgange waren diesmal die Ultramontanen in Baden so zurückgedrängt worden, daß von ihnen beim Zusammengehen der linksstehenden Fraktionen in der Kammer nicht viel zu befürchten war. Diese Erwägung hätte die nationalliberale Parteileitung im badischen Musterländle nüchtern machen und von einem offiziellen Eintreten für die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen abhalten müssen, zumal die badische Regierung ihre warnende Stimme gegen den „Großblock" erhob und auch hervorragende Führer der nationalliberalen Partei außerhalb und innerhalb Badens dringend abrieten. Aber der Furor war schon zu stark geworden, und die besten Gründe fruchteten nichts mehr: die nationalliberale Partei trieb unaufhaltsam auf der schiefen Ebene weiter. Das Stimmungselement des Hasses gegen Ultramontane und Konservative, sowie der Wunsch, die nationalliberale Mandatsziffer mit Hilfe der Sozialdemokratie zu erhöhen, überwogen alles ruhige Denken. Und der Erfolg? Die nationalliberale Partei hatte im Jahre 1905 im ersten Wahlgange noch 11 Mandate gewonnen, diesmal nur 4; die Sozialdemokratie damals 6, jetzt 10. Die Rechnung bei dem Großblock-Abkommen für die Stichwahlen war nun folgende: die Sozialdemokraten sollten in 18 Wahlkreisen für die Nationalliberalen und Linksliberalen eintreten, diese in 6 Bezirken für die Sozialdemokraten, während 11 Bezirke für den freien Kampf zwischen den Parteien offen gelassen wurden. So sollten die Nationalliberalen schätzungsweise zu den in der Hauptwahl gewonnenen 4 Sitzen 16 hinzugewinnen, die Demokraten 5 bis 6 Mandate und die Freisinnigen 1 bis 2. Den Sozialdemokraten galten die 6 Wahlkreise sicher, in denen die Liberalen für sie gegen Zentrum und Konservative kämpften. Mit diesem Plan vergleiche man nun das Resultat der Stichwahlen, das den Liberalen eine schmerzliche Enttäuschung brachte, eine Enttäuschung, auf die sie so garnicht gerechnet hatten. Der Hauptnutzen des Großblock-Abkommens fiel, wie schon gesagt, der Sozialdemokratie zu! Sie kam mit 20 Mandaten heraus gegen 12 im Jahre 1905; die Nationalliberalen, die damals 23 zählten, schmolzen auf 17 zusammen und verloren dabei sogar ihren Führer Obkircher, der gegen einen „Genossen" unterlag. Das Zentrum hingegen, dem mit Hilfe der Sozialdemokratie der vernichtende Schlag beigebracht werden sollte, hat nur zwei Mandate verloren und zählt jetzt im badischen Landtag 26 Sitze gegen 28 früher. Die Konservativen in Baden, die in der Hauptwahl ganz ausfielen, haben schließlich 3 Sitze (— 1) bekommen, die Demokraten 6 (+ 1) und die Freisinnigen einen, wie bisher. Ueberblickt man also die Gesamtsituation, so ist in Baden ziemlich alles beim alten geblieben; nur die Nationalliberalen sind zugunsten der Sozialdemokratie erheblich geschwächt worden.

Mit Recht fragt die nationalliberale Parteikorrespondenz auf Grund einer badischen Zuschrift: „War das die Absicht des Großblocks? Recht behalten haben die nationalliberalen Gegner des Großblocks, die schon seit 1905 warnten, ohne gehört zu werden." Diese Warnungen scheiterten an dem Starrsinn der nationalliberalen Parteileitung in Baden, die bei ihrem Verhalten weder die Stimmung der Wähler richtig einschätzte, noch dem Wesen der Umsturzpartei Rechnung trug, noch auch Kraft genug besaß, um die verderblichen Wünsche des praktisch-politisch ganz unfähigen Jungliberalismus im Zaume zu halten. Ein hochinteressantes Symptom bei den badischen Landtagswahlen war die auffällige Erscheinung, daß die Nationalliberalen nicht nur bei den Stichwahlen, sondern gleich bei der Hauptwahl so überaus schlecht abgeschnitten haben: 4 Mandate gegen 14 im Jahre 1905! Das sollte ihnen doch zu denken geben: auch hier zeigt sich wieder, daß alle agitatorische Hetzen gegen die Reichsfinanzreform nicht den Nationalliberalen genützt, sondern nur den Sozialdemokraten Wasser auf die Mühlen geführt hat. Weiter wird durch die numerischen Verluste der Nationalliberalen sowohl bei den Haupt- wie Stichwahlen deutlich erwiesen, daß das Paktieren ihrer Parteileitung mit den Umsturzleuten seit 1905 weite Kreise der liberalen Wählerschaft stark verschnupft haben muß, sonst hätten solche Verluste nicht eintreten können. In Abwandlung eines bekannten Wortes darf man wohl jetzt nach den Erfahrungen in Baden sagen, daß diejenige Partei, die von der Sozialdemokratie ißt, daran stirbt. Die Nationalliberalen in Baden haben's am eigenen Leibe erfahren und mit bitterem Ton klagt der „Mannheimer Generalanz.", das Organ Bassermanns: „Im Zeichen des Großblocks wurde der Niedergang der nationalliberalen Partei in Baden besiegelt." Die richtige Nutzanwendung ergibt sich daraus von selbst! Wollen die Nationalliberalen sich — und das gilt nicht nur für Baden — auf ihrer alten Höhe behaupten und die bürgerliche Mittelpartei par excellence bleiben, so dürfen sie den „Ruck nach links" nicht weiter forcieren, sondern müssen so schnell als möglich zu den bewährten Grundanschauungen der Partei zurückkehren und wieder den einzig naturgemäßen Anschluß nach rechts suchen. Das liegt nicht bloß im Interesse der baldigen Gesundung unseres jetzt so arg zerrütteten innerpolitischen Lebens, sondern auch, wie die Erfahrungen in Baden und Sachsen gelehrt haben, nicht minder in dem der nationalliberalen Partei selbst. In diesem Sinne hat noch kürzlich ein nationalliberales Wochenblatt, die „Deutschen Blätter" in Essen, bei Besprechung der badischen Landtagswahlen die beherzigenswerte Mahnung laut werden lassen: „Der Ruck nach links, der so häufig als die erste Notwendigkeit für die nationalliberale Partei hingestellt wird, würde der schwerste Fehler sein, den die Partei machen könnte. Die gemäßigten Elemente würden zu vielen Tausenden das Parteischiff verlassen und Anschluß bei den rechtsstehenden Schattierungen suchen. Mit den übrigbleibenden radikalen Wählermassen würde man bald keine politischen Erfolge erzielen können, wie sie das Programm der Partei als erstrebenswert fordert. Der Radikalismus würde obenauf kommen, der nationale Gedanke aber einen unübersehbaren Schaden erleiden." Das ist ein deutliches Caveant consules! für die nationalliberale Partei im Reich und in den Einzelstaaten. Möge es nicht unbeachtet verhallen . . .

Naumann's Nähmaschinen Haupt-Niederlage: Seidel & Naumann, Dresden-A., Struvestrasse 9.

Neueste Drahtmeldungen

vom 9. November.

Zum Streit um die Lionardo-Büste.

Berlin. (Priv.-Tel.) Herr Geh. Rat Prof. Bode hat heute dem B. L.-Mitarbeiter der „Transkontinentalen Korrespondenz" bezüglich der strittigen Angelegenheit der von den Berliner Museen zum Preise von 160 000 Mark angekauften Florabüste nachfolgende Erklärungen abgegeben: „Die von der „Daily Mail" mir in den Mund gelegten neun Thesen, die allerseits lebhaft kommentiert wurden, sind von mir nicht aufgestellt worden. Richtig ist, daß ich mit einem Herrn wenige Minuten über die Angelegenheit sprach und dieser das hierbei gewonnene Material dem Berliner Vertreter der „Daily Mail", den ich selbst nicht gesprochen habe, übermittelte. Die wiedergegebenen Behauptungen sind daher größtenteils falsch, oder genauer gesagt, verhalten sich dazu meine Angaben folgendermaßen: Punkt 1. Ich soll erklärt haben, daß die beiden Photographien von zwei verschiedenen Büsten, nämlich die eine von dem Original des Kaiser Friedrich-Museums und die andere von einer plumpen Nachbildung von Lucas' minderwertiger Photographie stammen. Das ist richtig bis auf das Wort plump, an dessen Stelle zu setzen ist: Ein sorgfältig gearbeitetes Hilfsmodell, das zur Restauration der Büste verwandt wurde. Der unter der Drapierung verhüllte Körper des Modells ist nicht durchgearbeitet, sondern lediglich eine Holzpuppe. Dort, wo vom Original etwas fehlte, hat Lucas die Mängel mit Blüten, Blättern und Drapierungen cachiert. Die Hauptverschiedenheit der beiden Büsten ist hauptsächlich an der falschen Stellung der linken Hand zu erkennen, die bei Lucas ganz zurückgenommen ist, während sie bei der Berliner Figur bis zur Mitte des Körpers vorsprang. Punkt 2: Teilweise falsch. Richtig ist, daß durch Stöße oder brutale Behandlung sich einzelne Teile der Oberfläche des Originals gehoben hatten. Diese wurden durch Lucas an den Fleischteilen, namentlich am Gesicht, mit einer heißen Spachtel niedergelegt und befestigt. Dies sieht man besonders deutlich an der linken Wange und am linken Auge, die dadurch leider gelitten haben. Punkt 3 ist richtig, ebenso Punkt 4, zu dem zu erwähnen ist, daß die Farben besonders